



Pressemitteilung

Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung

März 2003

Außenhandel zwischen der GUS und der EU trotz Wachstums weiterhin auf niedrigem Niveau

Im Außenhandel der GUS-Staaten setzt sich die Abnahme des Intra-GUS-Handels zu Gunsten einer zunehmenden Handelsverflechtung mit der EU fort. Immer neue integrationspolitische Ansätze innerhalb der GUS waren bisher nicht in der Lage, die wirtschaftliche Desintegration der GUS-Staaten aufzuhalten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Osteuropa-Instituts München, das die Handelsbeziehungen und handelspolitischen Rahmenbedingungen innerhalb der GUS und zwischen der EU und der GUS untersucht hat.* Der Intra-GUS-Handel ist weiterhin durch eine strukturelle Schwäche gekennzeichnet. Nach wie vor dominieren Energie, Rohstoffe und Vormaterialien die Austauschbeziehungen. Wie im Handel der GUS-Länder mit der EU ist der intraindustrielle Handel auch innerhalb der GUS nur schwach entwickelt. Es fehlt an einem konkurrenzfähigen Angebot von verarbeiteten Gütern und insbesondere an entsprechenden Investitionsgütern.

Trotz des in den letzten Jahren kontinuierlich stark steigenden Handels zwischen der EU und den GUS-Staaten bewegen sich die gegenseitigen Lieferungen immer noch auf einem niedrigen Niveau. Gemessen an den Handelsanteilen bleiben die Beziehungen weit hinter denen der EU mit den ostmitteleuropäischen Staaten zurück. Wichtige Impulse für den intraindustriellen Handel und damit eine verbesserte Exportstruktur sowie eine höhere Exportdynamik der GUS-Staaten könnten vom Zufluss ausländischer Direktinvestitionen ausgehen. Aufgrund der unzureichenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen engagieren sich jedoch ausländische Unternehmen in den GUS-Ländern bisher nur zurückhaltend.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ist in den einzelnen untersuchten GUS-Staaten unterschiedlich ausgeprägt. Mit den Partnerschafts- und Kooperationsabkommen liegen wichtige Grundlagen vor. Spezialabkommen wie die neuen Stahlabkommen und die Verlängerung der Textilabkommen und ihre weitere Liberalisierung bieten gute Ansätze. Deren Weiterentwicklung wird aber zuweilen durch ungünstig politische Entwicklungen in den Ländern, wie z. B. zeitweilig in der Ukraine, behindert.

Die EU unterstützt die Aufnahme Russlands, der Ukraine und Kasachstans in die WTO. Sie gilt für Russland und die Ukraine auch als Voraussetzung für die in den EU-Abkommen vorgesehene Aufnahme von Verhandlungen über eine Freihandelszone. Kyrgystan, Georgien und Armenien sind bereits WTO-Mitglieder. Von einer WTO-Mitgliedschaft versprechen sich auch die großen GUS-Staaten wichtige Handelsvorteile und Impulse für die Steigerung Ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

* Hermann Clement; Alexandra Reppegather; Manuela Troschke, *Entwicklung der Handelsbeziehungen und handelspolitischen Regelungen zwischen den GUS-Staaten und ihre Rückwirkungen auf den Ost-West-Handel*, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Working Papers, Nr. 246, März 2003. Die Studie kann kostenlos angefordert werden und ist im Internet unter www.lrz-muenchen.de/~oeim verfügbar.

Kontakt: Dr. Hermann Clement, Tel.: 089-99 839 625, E-mail: hclement@lrz.uni-muenchen.de

Alexandra Reppegather, Tel.: 089-99 839 466, E-mail: @lrz.uni-muenchen.de_reppegather@lrz.uni-muenchen.de